

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlag: R. G. Müller, Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 153240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 17. August 1989

Blatt 1737

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

## Kommunal/Lokal:

- Wien denkt nicht an den Verkauf von Gemeindewohnungen (1738/FS: 16.8.)
- Edlinger: Verfassungsdienst bestätigt Korrektheit (1739/FS: 16.8.)
- Hatzl: Derzeit keine Verlängerung der Linie „60“ zum Westbahnhof geplant (1740/FS: 16.8.)
- Neustifter Kirtag behindert „35 A“ (1741)
- Von der Irrenanstalt zum Pflege- und Therapiezentrum (1742/1743)
- Keine Organisationsmängel bei Verwendung von Röntgengeräten (1744)
- „Hundepickerl“ schützt nicht vor Tollwut (1745)
- Wien 2010 — Stadt ohne Grenzen? (1746/1748)
- Konstant gutes Nächtigungsergebnis im Wien-Tourismus (1749)

## Wien denkt nicht an den Verkauf von Gemeindewohnungen

Wien, 16.8. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Zu den Forderungen der Wiener ÖVP, die Gemeindewohnungen zu verkaufen, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER, daß die Stadt Wien nicht an einen Verkauf dieser Wohnungen denke. „Solange nicht jeder Wohnungssuchende in Wien eine entsprechende Wohnung finden kann, werden wir nicht Sozialwohnungen an eine Gruppe von Besserverdienenden verkaufen. Denn dadurch werden die Chancen der Wohnungssuchenden nur verschlechtert“, sagte Edlinger.

Edlinger weiter: „Wenn die Stadt Graz dem Verkauf von Gemeindewohnungen zustimmt, so heißt das noch lange nicht, daß diese Maßnahme gut ist. Denn überall hat der Verkauf von Sozialwohnungen zu Preisauftrieben und großen Problemen im Wohnungswesen geführt. Besonders kraß ist die Situation bereits in Deutschland. Ursache ist in erster Linie, daß nach einem Verkauf ein spekulativer Weiterverkauf oder eine gewinnträchtige Untervermietung nicht mehr unterbunden werden kann. Darüber hinaus sind die Verwaltungsprobleme unbestritten, die durch das gleichzeitige Bestehen von Miet- und Eigentumswohnungen in einem Haus entstehen. Daß in Graz erst ein geringer Prozentsatz das Angebot zum Kauf wahrgenommen hat, überrascht mich nicht.“

„Der Verkehrswert von Gemeindewohnungen würde in Wien“, so Edlinger, „durchschnittlich 10.000 Schilling pro Quadratmeter betragen, eine durchschnittliche Gemeindewohnung daher rund eine halbe Million Schilling kosten, weshalb sich nur Wohlhabendere einen Kauf leisten könnten. Kaufinteressiert sind daher in erster Linie nicht jene, die weiterhin in der Wohnung leben wollen, sondern jene, die andere Verwertungsmöglichkeiten im Sinn haben. Denn warum sollte jemand ein paar hunderttausend Schilling zahlen, nur damit er weiterhin in seiner Wohnung wohnen kann? Ein allfälliger Fehlbelag in Sozialwohnungen sollte nicht durch einen sozial ungerechten Verkauf der Wohnungen beseitigt, sondern durch zielführende Maßnahmen, wie beispielsweise eine Fehlbelegungsabgabe ausgeglichen werden. Die Stadt Wien ist nicht gegen Wohnungseigentum. Es gibt genug Gesellschaften, die in Wien mit öffentlicher Förderung Eigentumswohnungen errichten. Aber Eigentum an Gemeindewohnungen verschlechtert die Chancen von sozial schwachen Wohnungssuchenden. Diese Menschen haben uns ihr Vertrauen geschenkt, und wir werden sie nicht enttäuschen“, schloß Edlinger. (Schluß) ah/sk

Bereits am 16. August 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

### **Edlinger: Verfassungsdienst bestätigt Korrektheit**

Wien, 16.8. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) „Der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes hat bestätigt, daß zwischen meiner Funktion als amtsführenden Stadtrat für Wohnbau und der des ehrenamtlichen Präsidenten des Vereins 'Institut für Bauforschung' keinerlei Unvereinbarkeit besteht. Obwohl immer klar war, daß das Institut für Bauforschung keinen Auftrag der Stadt Wien erhalten hat, gab der Bürgermeister das Gutachten in Auftrag. Jetzt hat der Verfassungsdienst bestätigt, daß der Vorwurf eines Verfassungsbruchs, wie das die Wiener FPÖ behauptet hat, falsch und ungerechtfertigt ist. Das Gutachten des Verfassungsdienstes beweist, wie oberflächlich und unhaltbar der neue Stil der FPÖ ist, der vor persönlicher Difamierung und Zweifel an demokratischen Einrichtungen nicht Halt macht“, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER Mittwoch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. (Schluß) ah/bs

Bereits am 16. August 1989  
über Fernschreiber ausgesendet

## **Hatzl: Derzeit keine Verlängerung der Linie „60“ zum Westbahnhof geplant**

Wien, 16.8. (RK-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL zu einer Presseaussendung von ÖVP-GR Dr. Peter MAYR feststellte, sei derzeit seitens der Verkehrsbetriebe nicht an eine Verlängerung der Straßenbahnlinie „60“ bis zum Westbahnhof gedacht. Eine solche Verlängerung wäre frühestens 1993, nach der Umgestaltung des Europaplatzes, möglich. Bisher gebe es auch noch keinerlei Linien- oder Fahrgaststromanalysen in dieser Hinsicht. Auch für den Straßenbahnverkehr in der äußeren Mariahilfer Straße — bezüglich der von Dr. Mayr erwähnten Einstellung der Linie „58“ in diesem Bereich — gebe es noch keine Untersuchungen oder genauere Überlegungen, sagte Hatzl. (Schluß) roh/sk

Bereits am 16. August 1989  
über Fernschreiber ausgesendet

### **Neustifter Kirtag behindert „35 A“**

Wien, 17.8. (RK-LOKAL) Wegen des Neustifter Kirtages muß der Betrieb der Autobuslinie „35 A“ am Freitag, dem 18. August ab 16 Uhr, am Samstag, dem 19. August, ab 14 Uhr und am Sonntag, dem 20. August, ab 10 Uhr, sowie bei Bedarf am Montag, dem 21. August, ab 16 Uhr bis zum Ende der Veranstaltung zwischen der Agnesgasse und Salmannsdorf eingestellt werden. In der Krottenbachstraße gegenüber der Nr. 190 wird eine provisorische Anfangstation eingerichtet.

Die Wiener Verkehrsbetriebe informieren ihre Fahrgäste durch Aushänge an den Haltestellen der Linie „35 A“. (Schluß) roh/sk

## Von der Irrenanstalt zum Pflege- und Therapiezentrum

### Ybbs und die Wiener Psychiatriereform

Wien, 17.8. (RK-KOMMUNAL) Finstere Verschläge, Zwangsjacken, Zwangsstuhle, Bettgurten und Mundbinden für lärmende Kranke: so sah die „Behandlung“ von Geisteskranken in der Irrenanstalt Ybbs noch in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts aus. Heute beherbergt Ybbs — als Ergebnis der Wiener Psychiatriereform — ein modernes psychiatrisches Krankenhaus, ein Förderpflegeheim und ein Pflegeheim der Stadt Wien. Darüber informiert eine kleine Broschüre, die soeben erschienen ist und beim Anstaltenamt der Stadt Wien (1010 Wien, Schottenring 24) angefordert werden kann.

Das Pflege- und Therapiezentrum der Stadt Wien hat eine ereignisreiche Geschichte. 1780 wurde die nach 1720 errichtete Kavalleriekaserne in Ybbs in ein staatliches Armenhaus umgewandelt. Als Anfang des 19. Jahrhunderts der Narrenturm im Wiener Allgemeinen Krankenhaus und seine Filiale in der Lazarettgasse nicht mehr ausreichten, die Geisteskranken unterzubringen, kamen 1817 die ersten hundert psychisch Kranken in einen Trakt des Ybbs'er Armenhauses. Im Laufe der nächsten Jahre wurden hier mehr als 400, „Irre“ untergebracht, die von den Ärzten, die für das Armenhaus zuständig waren, „mitbetreut“ wurden.

Die ersten wesentlichen Verbesserungen in dieser ältesten noch in Betrieb befindlichen Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke gab es um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts, als eine moderne und humane Behandlung der Patienten eingeführt wurde. Damals wurden auch bauliche Verbesserungen und eine Erweiterung der Anstalt vorgenommen. Im Jahr 1922 wurde — im Zuge der Trennung Wiens von Niederösterreich — die Heil- und Pflegeanstalt mit der gegenüberliegenden, 1864 errichteten „Wiener Versorgungsanstalt“ zur „Wiener städtischen Heil- und Pflegeanstalt in Ybbs an der Donau“ zusammengefaßt.

In der Nazizeit wurde der Großteil der Patienten erbarmungslos in die Gaskammern geschickt. Während des Krieges diente das Haus als Lazarett, nach Kriegsende der sowjetischen Besatzungsmacht als Quartier, seit 1948 wieder seiner ursprünglichen Bestimmung. In den folgenden Jahren wurde die Anstalt grundlegend modernisiert.

### Entscheidende Verbesserungen

Bis zum Beginn der achtziger Jahre wurden in Ybbs mehr als 1.100 Patienten betreut. Die Wiener Psychiatriereform, vom Wiener Gemeinderat 1979 als „Zielplan für die psychiatrische und psychosoziale Versorgung in Wien“ einstimmig beschlossen, hat diese Situation gewaltig verändert. Heute gibt es im Pflege- und Therapiezentrum der Stadt Wien in Ybbs an der Donau nur mehr 560 Betten, davon nur mehr 155 Betten im Psychiatrischen Krankenhaus selbst, 200 im Pflegeheim, 50 im Kurzzeitpflegeheim und 155 im Förderpflegeheim.

### Psychiatrisches Krankenhaus

In den beiden psychiatrischen Abteilungen des Krankenhauses erfolgt die Behandlung nach bestimmten Schwerpunkten.

- In zwei Stationen gibt es eine Entwöhnungsbehandlung für Alkoholranke.
- In einer sozialtherapeutischen Station werden Patienten behandelt, die neben einer psychischen Erkrankung Schwierigkeiten haben, in der Gesellschaft konfliktfrei zu leben.
- Eine „Psychiatrische Akutstation“ ist die einzige zeitweise geschlossene Station des Krankenhauses.

- Zwei Stationen dienen der Psychiatrischen Spätrehabilitation, also Patienten, die schon lange in einem psychiatrischen Krankenhaus behandelt wurden und denen der Weg in die Selbständigkeit und in die Gemeinschaft geebnet werden soll.

Enge Verbindungen bestehen natürlich zum Kuratorium für Psychosoziale Dienste in Wien.

#### **Förderpflegeheim**

Das Förderpflegeheim besteht aus sechs Stationen, innerhalb derer Wohngruppen für je sechs bis neuen Behinderte familienähnlich eingerichtet wurden. Für jeden Bewohner des Heimes wird ein spezielles Förderprogramm ausgearbeitet, damit auch Schwerstbehinderte an ein normales Leben herangeführt werden können.

#### **Kurzzeitpflegeheim**

Das therapeutische Ziel des Kurzzeitpflegeheimes ist es, Patienten mit einem neurologischen Grundleiden oder mit motorischen Behinderungen nach Unfällen jenes Maß an Selbständigkeit wiederzugeben, das für eine eigenständige Lebensführung Voraussetzung ist. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Physiotherapie, das sind elektrophysikalische Maßnahmen, Unterwassertherapie, Massage und Krankengymnastik.

Im Pflegeheim werden jene Patienten betreut, die auf Grund ihres hohen Alters pflegebedürftig sind. Auch hier steht die Rehabilitation und Mobilisierung der Patienten im Vordergrund der Behandlung.

#### **Schule für psychiatrische Krankenpflege**

Das Pflege- und Therapiezentrum der Stadt Wien in Ybbs verfügt auch über eine eigene Schule für die psychiatrische Krankenpflege. In den vergangenen 25 Jahren wurden hier 328 Schwestern und Pfleger ausgebildet; 99 davon haben die Ausbildung mit ausgezeichnetem Erfolg abgeschlossen.

Im Vorwort der Informationsbroschüre über das Pflege- und Therapiezentrum Ybbs nimmt der Wiener Gesundheitsstadtrat, Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Stellung zur Wiener Psychiatriereform: „Entgegen den Befürchtungen mancher Kritiker konnte der Beweis erbracht werden, daß psychisch kranke Menschen mit ihrem Leiden jenem anderer Kranker vergleichbar sind. Die Türen der Psychiatrischen Krankenhäuser öffneten sich und führten — geschützt und begleitet von einem Netz eigens geschaffener psychosozialer Einrichtungen — tausende Menschen zurück ins Leben der Gemeinschaft, aus dem viele von ihnen bereits jahre- und jahrzehntelang ausgeschlossen waren. Wir wissen heute, daß psychisch Kranke nicht häufiger stationärer Krankenhausaufenthalte bedürfen als andere kranke Menschen. Und wir wissen auch, daß der Wiener Weg in der Psychiatrie, der weit über die Grenzen unserer Landes hinaus Anerkennung, Beachtung und Nachahmung gefunden hat, der richtige ist.“ (Schluß) sc/bs

Forts. von Blatt 1742

## **Keine Organisationsmängel bei Verwendung von Röntgengeräten**

Wien, 17.8. (RK-KOMMUNAL) In einer Pressekonferenz des Dachverbandes der gehobenen medizin-technischen Dienste hatte Mittwoch der Sprecher des Verbandes der Diplomierten radiologisch-technischen Assistenten, Helmut MARCHL, behauptet, in den Lagern des AKH und anderer städtischer Krankenhäuser stünden relativ neue Röntgengeräte herum, die noch jahrelang verwendet werden könnten. Im AKH stünden auch neue Geräte für das neue Haus, die noch gar nicht ausgepackt sind. Wie die Magistratsabteilungen 16 (AKH) und 17 (Anstaltenamt) gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ feststellen, sind diese Behauptungen falsch.

Beim Austausch eines Röntgengerätes wird grundsätzlich das alte Gerät, wenn es noch funktionsfähig ist, einem Gerätepool gemeldet und den anderen städtischen Krankenanstalten angeboten. Ist kein Bedarf vorhanden, wird das Gerät verkauft. Oft werden Geräte auch von den Herstellerfirmen zurückgenommen. Die Lagerung erfolgt also nur kurzfristig, bis zum Abtransport in ein anderes Haus. Nicht mehr verwendungsfähige Geräte dienen manchmal als Ersatzteilsponder.

Im AKH lagern keine neuen Geräte für das neue Haus. Im alten AKH sind die Prüfungen, welche der derzeit verwendeten Röntgengeräte in das neue Haus mitgenommen werden, abgeschlossen. Die neuen Geräte wurden auch bereits bestellt, werden von den Firmen aber erst zum spätest möglichen Zeitpunkt vor der Übersiedlung der jeweiligen Abteilungen geliefert — und zwar jeweils nach dem dann neuesten Stand der Technik. (Schluß)  
sc/sk

## „Hundepickerl“ schützt nicht vor Tollwut

Wien, 17.8. (RK-KOMMUNAL) Das von einem FPÖ-Bezirkspolitiker geforderte „Hundepickerl“ sei keinerlei Schutz vor Tollwut: Das betonte die für Tierschutz in Wien zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER Donnerstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu einem „Kurier“-Bericht, in dem ein entsprechendes Pickerl gefordert worden war. Wie Schirmer dazu sagte, sei sie zwar für jeden Beitrag und jeden Vorschlag, der zu einem friedlicheren Zusammenleben zwischen Hunden und HundebesitzerInnen sowie Nicht-HundehalterInnen führt, dankbar. „Ich muß aber davor warnen, daß Vorschläge und Gedanken, die ein Laie bringt, ohne Überprüfung der entsprechenden Aussagen durch Experten in einer großen Zeitung verbreitet werden“, erklärte die Stadträtin. „Ich bin überzeugt, daß die für die Tierecke der betreffenden Tageszeitung schreibenden Tierärzte — die von mir sehr geschätzt werden — beim Thema jährliche Untersuchung der Hunde auf Tollwut sofort auf eines hingewiesen hätten: Es ist natürlich nicht möglich, aufgrund einer einmaligen Tollwutuntersuchung eines Hundes zu einem bestimmten Zeitpunkt auch für die nachfolgende Zeit die Wutfreiheit des Tieres zu garantieren bzw. auszuschließen, daß später durch einen Biß des Hundes eine Gefährdung des Gebissenen gegeben sein könnte.

Ein Tier, das zum Zeitpunkt der Untersuchung noch keine Anzeichen der Wutkrankheit zeigt, kann sich durchaus bereits im Inkubationsstadium befinden, und selbstverständlich kann eine Infektion auch viel später erfolgen, etwa wenn ein Hund mit einem wutkranken Tier in Berührung kommt, auch ohne daß es bemerkt wird.“ Das einmal im Jahr bei der tierärztlichen Untersuchung vergebene „Pickerl“, wie es die FPÖ will sei daher wahrlich keine Garantie gegen die Tollwut, betonte Schirmer.

„Ich bitte daher dringend, kein falsches Sicherheitsgefühl bei der Bevölkerung hervorzurufen, indem der Eindruck erweckt wird, ein Tier, das einmal untersucht wird und zum Zeitpunkt dieser Untersuchung keine Anzeichen der Wutkrankheit zeigt, sei auch für einen späteren Zeitpunkt vor dieser Krankheit geschützt und könne sie daher nicht auf den Menschen übertragen“, appellierte Schirmer.

Zum ebenfalls von dem FPÖ-Politiker gebrachten Vorschlag, die Hundesteuer nach kleinen und großen Hunden zu staffeln, wies Schirmer darauf hin, daß dies — wie bereits mehrfach gesagt — derzeit aus administrativen Gründen ebenso wie aus Gründen, die in der Natur im eigentlichen Sinn des Wortes liegen, nicht durchführbar sei: Es gibt zwar bestimmte Hunderasen, die in „große“ und „kleine“ eingeteilt werden könnten, doch schon bei Mischlingen wäre keine Einteilung mehr möglich und es logischerweise auch schwierig, die künftige Größe vorherzusagen.

Bei der derzeitigen Höhe der Hundeabgabe von 600 Schilling pro Jahr (50 Schilling pro Monat oder 1,66 Schilling pro Tag) und der Möglichkeit der Ermäßigung erscheint eine Veränderung der Einhebung nach der Größe derzeit nicht zweckmäßig, schloß Schirmer. (Schluß) hrs/sk

## Wien 2010 – Stadt ohne Grenzen?

Wien, 17.8. (RK-KOMMUNAL) Entgegen den Prognosen der letzten Jahre könnte sich Wien Anfang des 21. Jahrhunderts wieder als wachsende Stadt darstellen. Zur nunmehr prognostizierten Bevölkerungszunahme könnte sich bei einer weiteren Öffnung der Grenzen zu unseren östlichen Nachbarn ein weiterer Zuzug in die Wiener Region ergeben. Die unter neuen geopolitischen Rahmenbedingungen dabei entstehende mitteleuropäische Metropole Wien kann bei einem der möglichen Szenarien bis zum Jahre 2010 mit einer Einwohnerzahl von 1,6 bis 1,7 Millionen rechnen. Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA stellte diese Zukunftsaussichten Wiens gestern, Mittwoch, in einem Pressegespräch vor und kündigte in diesem Zusammenhang eine von mehreren wissenschaftlichen Instituten gemeinsam durchzuführende Studie zu den Szenarien „Wien bei offenen Grenzen“ an.

Der Stadtrat wies darauf hin, daß bei weiter fortschreitender Öffnung des „Eisernen Vorhanges“ zusätzlich zum ungarischen Besucherstrom etwa aus dem Raum der Halbmillionenstadt Bratislava mit intensiverem Besuchsverkehr zu rechnen ist. Wien könnte aber auch eine „Sogwirkung“ über den (Einkaufs)Tourismus hinaus erzeugen. Vergleiche mit der seinerzeitigen Zuwandererbewegung in die österreichisch-ungarische Metropole seien, so Swoboda, durchaus vorstellbar.

Darauf müsse sich die Stadt, vor allem was die Verkehrsinfrastruktur anbelangt, rechtzeitig gefaßt machen.

Swoboda plädierte dabei für einen — im Zusammenhang mit der EXPO 95 ohnehin erforderlichen — weiteren Ausbau der Park-and-Ride-Anlagen vor allem auch im Nordosten der Stadt.

„Ich appelliere nicht zuletzt im Lichte dieser möglichen Entwicklungen an den Bund, die aus Wiener Sicht unabdingbar notwendige Verlängerung der U 6 nach Norden, also nach Floridsdorf, zu forcieren. Wenn nicht im kommenden Herbst eine diesbezügliche Entscheidung fällt, ist auch das EXPO-Vorhaben nur unter schwersten Verkehrsbelastungen für die Bevölkerung zu verwirklichen“, betonte der Planungsstadtrat.

Hinsichtlich einer verstärkten Zuwanderung in den Wiener Raum meinte Swoboda, daß dieser sicherlich nicht allein von Wien aufnehmbar sein werde. „Aber ich kann mir in enger Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden und dem Land Niederösterreich eine geordnete Siedlungsentwicklung entlang bestehender — und auch zu verlängernder — Achsen des öffentlichen Verkehrs durchaus vorstellen“, sagte Swoboda.

Von einer derartigen Zuwanderung sei schließlich auch eine wirtschaftliche Stärkung der gesamten Ostregion zu erwarten, meinte der Stadtrat.

### Multifunktionale EXPO-Nachnutzung anstreben

Aufgrund der Entwicklungen in verschiedenen US-Städten, die er im Sommer 1989 besucht hat, schlug Swoboda vor, bereits jetzt multifunktionale Nachnutzungen der EXPO-Einrichtungen zu planen. Als Beispiel nannte der Stadtrat die Weltausstellung von 1984, die als Veranstaltung in New Orleans zwar als wenig erfolgreich bezeichnet werden kann, deren Folgewirkungen durch eine Qualitätsanhebung des Areals aber einen äußerst positiven Entwicklungsimpuls für die Stadt darstellten.

Dabei wurde etwa das Mississippi-Ufer neugestaltet, heute werden ca. 50 Prozent der Gebäude nachgenutzt, die eine Mischung von Einkaufs-, Freizeit- und Kulturzentrum bilden.

Swoboda ortete bei seinem USA-Besuch auch den Trend, in vielen Städten Einkaufszentren mit Zusatzfunktionen in den Innenstädten zu schaffen. Besonders bevorzugt würde dabei die Belebung der Innenstädte durch

bessere Ausnützung von Meeres-, Seen- und Flußufer sowie die Neubelebung alter Bahnhofsanlagen.

Swoboda: „Grundsätzlich sind fast alle dieser Entwicklungen Ergebnisse einer Zusammenarbeit privater und öffentlicher Stellen. Jedenfalls hat sich die öffentliche Hand nie ganz aus diesen Projekten zurückgezogen!“

Angesprochen auf die mögliche EXPO-Nachnutzung durch die Wiener Messe AG meinte der Stadtrat, daß er die Chancen dafür immer geringer beurteile, ja für die Messe derzeit bereits ein neuer Standort gesucht werde. Aus der Sicht der Stadtplanung bietet sich dafür der Norden der Stadt an, der infrastrukturell teilweise bereits gut erschlossen ist und durch die Verlängerung der U 6, bestehende S-Bahn-Anschlüsse und eine denkbare Verlängerung der U 1 zusätzlich aufgewertet werden kann.

Der Planungsstadtrat kündigte im Zusammenhang mit den EXPO-Vorbereitungen auch an, daß am kommenden Freitag bei einem regulären Informationsgespräch mit den vier Architektenteams, die das Leitprogramm für die EXPO hinsichtlich stadtplanerischer Überlegungen erstellen sollen, die Firma WARIMPEX als erster und bisher einziger privatwirtschaftlicher Interessent ihre Vorstellungen präsentieren wird.

#### **Verkehrsplanerische Entscheidungen nach Abwägung von Vor- und Nachteilen**

Swoboda nahm auch zu einigen anstehenden verkehrsplanerischen Entscheidungen Stellung, wobei er Wert auf die Feststellung legte, daß solche Entscheidungen nie zu Lösungen führen können, die „absolut richtig oder falsch“ sein können, sondern sich jeweils nach Abwägung aller Vor- und Nachteile Kompromißlösungen ergeben, die für möglichst viele Menschen Vorteile bringen.

Als Beispiel nannte er die Planungen für die B 3, die zwar sowohl von Wiener als auch von Bundesseite praktisch baureif ist, deren Mittelstück allerdings durch ein — nicht gewidmetes — Kleingartengebiet führen würde.

Swoboda: „So sehr ich, vor allem nach einem persönlichen Lokalaugenschein, die Interessen der etwa 60 bis 70 Kleingärtner verstehe, denen selbstverständlich bei einer Absiedlung Ersatzgärten möglichst im Bezirk angeboten werden, so sehr muß ich auch an die oft extremen Belastungen denken, die tausende, ja zehntausende Bewohner des Floridsdorfer Zentrums ertragen müssen.“

Stadtrat Swoboda läßt vor einer endgültigen Entscheidung über den jetzt noch umstrittenen Teil der B 3 alle Möglichkeiten überprüfen, das Floridsdorfer Zentrum vom Durchzugsverkehr zu entlasten.

Zum innerstädtischen Verkehr sagte der Planungsstadtrat, daß er an seinem Grundsatz festhalte, daß durch neue Garagen in der Innenstadt keinesfalls neuer Verkehr erzeugt werden darf, ja daß für neue Stellplätze in Garagen im Gegenzug Oberflächen etwa im Verhältnis 1:1 freigemacht werden müßten.

Swoboda: „Das Prinzip Heldenplatzgarage, wo wir wertvolle Plätze freibekommen, muß in der Innenstadt durchgehalten werden.“ Nach einem Gespräch mit dem Bürgermeister sei nunmehr auch für die Garage am Georg-Coch-Platz keine Einigung in Sicht, sodaß nicht vor zwei Jahren mit einer Entscheidung zu rechnen ist.

Die über die Medien wieder ins Gespräch gebrachte Uraniabrücke stelle für ihn aus stadtplanerischer Sicht „keine große Notwendigkeit“ dar, sagte Swoboda und verwies darauf, daß er in den kommenden Wochen gemeinsam mit Stadtrat Dr. HÄUPL das Leitprojekt für den Ausbau des Donaukanals als Erholungs- und Freizeitgebiet präsentieren werde.

Forts. von Blatt 1746

Forts. auf Blatt 1748

### **Messepalast, Schloß Neugebäude**

Zur Messepalast-Diskussion sagte Swoboda, daß er die von Stadträtin Dr. Ursula PASTERK vertretene Haltung voll unterstütze, wobei für die ehemaligen Hofstallungen ebenfalls eine gemischte Nutzung, also etwa auch mit Geschäften, Wohnungen oder Büros neben den erforderlichen Kultureinrichtungen anzustreben sei. Wichtig sei vor allem eine Öffnung des Areals zum 7. Bezirk hin.

Über die möglichen Nutzungen des Simmeringer Schlosses Neugebäude wird Anfang Oktober eine Enquete stattfinden, bei der, so Swoboda, in enger Zusammenarbeit mit Stadträtin Pasterk pro und contra für eine Revitalisierung sowie wirtschaftlich vertretbare Nutzungen diskutiert werden.

Eine „Kulturachse Simmering“ unter Einbeziehung der Gasometer, für die bereits zwei Interessentengruppen aufgetreten sind, ist für Swoboda durchaus vorstellbar.

### **Mietrechtsdiskussion**

Am Rande seines Pressegespräches nahm Stadtrat Dr. Swoboda im Zusammenhang mit seiner US-Reise und dort gewonnenen Erfahrungen auch zu Fragen des Mietrechtes Stellung.

Die Wohnungssituation in den US-Städten macht klar, daß auf soziale Komponenten in der Wohnungspolitik keinesfalls verzichtet werden kann, meinte der Stadtrat.

„Ich bin in diesem Sinne eindeutig gegen eine bedingungslose Aufgabe der Mietzinsobergrenzen. Ein eventuell auch länderweise von Mieter- und Vermieterorganisationen gemeinsam ausgehandelter Mietenspiegel mit verbindlichen Richtwerten erscheint mir jedenfalls zielführend“, sagte Stadtrat Dr. Swoboda abschließend. (Schluß) lf/rr

Forts. von Blatt 1747

## **Konstant gutes Nächtigungsergebnis im Wien-Tourismus**

**Wien bei Spanischen Gästen immer beliebter**

Wien, 17.8. (RK-KOMMUNAL) Der Aufwärtstrend im Wiener Fremdenverkehr ist stetig: Im Juli konnte mit rund 700.000 Nächtigungen gegenüber Juli 1988 ein Zuwachs von 1,7 Prozent verzeichnet werden. Den Rückgang der deutschen Gäste-Nächtigungen um zehn Prozent auf 108.000 überwog der überraschend starke Anstieg der Übernachtungen spanischer Wien-Besucher um 54 Prozent auf 39.000. Die Nationenwertung führt Deutschland an vor Italien (+ drei Prozent; 55.000 Nächtigungen), den USA (- fünf Prozent; 76.000) und den Gästen aus dem Inland (- fünf Prozent; 41.000). Die Auslastung der Wiener Beherbergungsbetriebe betrug im Juli 52 Prozent. (Schluß) wfv/sk